



Am 30. und 31. März 2017 fand in Wien das erste OII Europe Community Event statt. In dieser Veranstaltung kamen 28 intergeschlechtliche Menschen aus 16 Europarat-Mitgliedsstaaten zusammen - manche davon Inter*-Aktivist*innen, manche nicht - um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen und ihre unterschiedlichen Ziele und Strategien für eine volle Umsetzung von Menschenrechten, körperlicher Unversehrtheit, Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Akzeptanz von intergeschlechtlichen Menschen in Europa.

Wir bekräftigen, dass intergeschlechtliche Menschen real sind und dass wir in allen Regionen und Ländern dieser Welt existieren.

Wir bestätigen erneut die [Malta Declaration](#), die während des dritten Internationalen Intersex Forum (2013) formuliert wurden, sowie die Ziele des ersten Europäischen Intersex Meeting im [Riga Statement](#) (2014).

Wir betonen auch, dass sowohl UN-Einrichtungen als auch regionale und nationale Menschenrechts-organisationen bis zu diesem Tag mehr als 50 mal Regierungen, Interessensvertretungen und Entscheidungsträger*innen aufgefordert haben, die Menschenrechtsverletzungen an intergeschlechtlichen Menschen zu beenden - und die nötigen legislativen, administrativen und anderen Maßnahmen zu ergreifen, welche die körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung von intergeschlechtlichen Menschen bewahren und sicherzustellen, dass kein Mensch während seiner Kindheit und Jugend nicht notwendigen medizinischen oder chirurgischen geschlechtsverändernden Behandlungen unterzogen wird.

In allen unternommenen Schritten muss die Priorität darauf liegen, die Rechte von intergeschlechtlichen Menschen auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung sicherzustellen. Intergeschlechtliche Menschen und Organisationen müssen dabei unterstützt werden, sie betreffende soziale, politische und legislative Veränderungen herbeizuführen.

Wir fordern Regierungen also dazu auf,

- intergeschlechtliche Menschen als Gemeinschaft anzuerkennen, die spezifische und grundlegende Bedürfnisse hat und deren Menschenrechte gewahrt werden müssen.

In diesem Sinne sollen Regierungen sollen entschlossen vorgehen, um

- gesetzlichen Schutz für Kinder mit Variationen von Geschlechtsmerkmalen zu bieten und medizinische Interventionen aus sozialen, psychosozialen, kulturellen oder kosmetischen Gründen zu verbieten. Intergeschlechtliche Genitalverstümmelung (IGM) ist mit weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) gleichzusetzen. Nichtkonsensuelle medizinische und psychologische Behandlungen müssen als rechtswidrig gelten. Personen, die IGM verüben oder assistieren, müssen strafrechtlich verfolgt werden können.
- sicherzustellen, dass Mediziner*innen oder andere Professionen keine Behandlungen zur Veränderung von Geschlechtsmerkmalen durchführen, welche nicht lebensrettend sind und zeitlich verschoben werden können, bis die zu behandelnde Person vollständige, freie und informierte Zustimmung geben kann. Freie und informierte Zustimmung kann nur auf der Basis von zumindest medizinischer, psychosozialer und menschenrechtsbasierter Aufklärung getroffen werden. Peer-Beratung soll verpflichtend sein in diesem Entscheidungsprozess.
- sicherzustellen, dass intergeschlechtliche Menschen vor Diskriminierung geschützt sind. Zu diesem Ziel müssen Regierungen Gesetzgebung veranlassen zum Schutz vor Diskriminierung, Hassrede sowie Hassgewalt auf Grund von Geschlechtsmerkmalen - dieser Begriff soll explizit in die Gesetzestexte einfließen, um intergeschlechtliche Menschen anderen Bürger*innen gleichzustellen.
- intergeschlechtliche Personen zu entschädigen, die medizinisch nicht notwendige oder entwürdigende Behandlungen erfahren haben.

Im Bildungsbereich fordern wir Regierungen, Universitäten und Schulen auf,

- Inter* Realitäten obligatorisch in Schulcurricula aufzunehmen, insbesondere in Biologie und sexueller Bildung.
- Fachleute, welche eine Rolle spielen im Umgang mit intergeschlechtlichen Menschen (zumindest: Mediziner*innen, Hebammen, Pflegepersonal, Pädagog*innen, Verwaltungsbeamte), über die Existenz von intergeschlechtlichen Menschen und deren Lebensrealitäten aus menschenrechtsbasierter und entpathologisierender Perspektive zu informieren bzw. deren Ausbildung anzupassen.
- inter*inklusive Anti-Bullying Regeln einzuführen.
- zu bedenken, dass geschlechtergetrennte Aktivitäten mögliche Schwierigkeiten und Exklusion für intergeschlechtliche Kinder und Jugendliche mit sich bringen können.

Im Gesundheitsbereich fordern wir Regierungen, Mediziner*innen, Versicherungsanstalten und andere Entscheidungsträger*innen auf,

- vollen Zugriff auf medizinische Aufzeichnungen und Akten sicherzustellen
- alle im Gesundheitsbereich tätigen Personen aufzuklären bezüglich respektvollem Umgang mit intergeschlechtlichen Personen und der Gewährleistung ihrer Privatsphäre.
- alle gesundheitlichen Bedürfnisse von intergeschlechtlichen Menschen abzudecken - auch jene, die durch vorangegangene medizinische und psychologische Behandlungen verursacht wurden

Bezüglich der psycho-sozialen Unterstützung von intergeschlechtlichen Menschen und deren Familien fordern wir Regierungen auf,

- Peer-Beratung für Eltern, Familien, intergeschlechtliche Kinder und Erwachsene durch intergeschlechtliche Erwachsene, die Probleme von intergeschlechtlichen Menschen entpathologisierend und in einer menschenrechtsbasierenden Haltung behandelt, leicht zugänglich zu machen.
- Professionelle Beratungsstellen für Eltern, Familien, intergeschlechtliche Kinder und Erwachsene, die Probleme von intergeschlechtlichen Menschen entpathologisierend und auf einer menschenrechtsbasierenden Haltung behandeln und von intergeschlechtlichen Erwachsenen geführt werden, zugänglich zu machen.

Im Bereich der Medien fordern wir alle dort tätigen Menschen als auch medienethische Organisationen auf,

- positive Repräsentation von Inter* in allen Bereichen (Film, Fernsehen, Buch, Magazin, etc.) zu verstärken.
- Inter* Themen vorurteilsfrei und ohne Reproduktion von Stereotypen oder Unterstellungen zu diskutieren.
- Sicherzustellen, dass intergeschlechtliche Menschen und Variationen der Geschlechtsmerkmale nicht exotisiert werden. Presseräte und andere medienethische Organisationen sollen sicherstellen, dass intergeschlechtliche Menschen in Medien nicht diskriminiert werden und dass ihre Menschenrechte gewahrt bleiben.

Bezüglich Geschlechtseinträge und geschlechtergetrennte Einrichtungen, fordern wir Regierungen auf,

- die bürokratischen Verfahren zur Änderung von Geschlechtseinträgen zu vereinfachen und aufgrund von Selbstauskunft des Individuums durchzuführen. Ein geschlechtsneutraler Eintrag soll zur Verfügung stehen.
- geschlechtsneutrale Sanitär- und ähnliche Einrichtungen allen Menschen zur Verfügung zu stellen.
- es Bildungsinstitutionen und Firmen nicht zu erlauben, gegenderte Dresscodes zu verlangen.

Unterstützer*innen und Allies fordern wir auf,

- es zu tun! Inter*-Aktivist*innen benötigen die Unterstützung von Allies.
- intergeschlechtliche Realitäten nicht für eigene Zwecke zu instrumentalisieren und sich keine Inter*Themen oder Inter*Förderungen anzueignen ohne Absprache mit Inter*Organisationen.
- intergeschlechtliche Menschen unter keinen Umständen zu exotisieren.
- ausschließende oder pathologisierende Sprache zu vermeiden.
- sichere Räume für Inter* zur Verfügung zu stellen.
- sich über Inter*Themen von intergeschlechtlichen Personen informieren zu lassen - ohne diese jedoch zu deshalb zu bedrängen - und in Kontakt zu treten mit lokalen oder regionalen Inter*Organisationen.
- Inter*Rechte als Menschenrechte voranzutreiben.
- Allies sollen als solche handeln - es reicht nicht, sich nur als solche zu identifizieren!

Nothing about us – without us!

Unterzeichner*innen:

OII Europe

Bilitis
Intersex Belgium
Intersex Iceland
Intersex Russia
Intersex Scandinavia
NNID
OII Germany
OII-Italia
OII Netherlands
TRIQ Inter*-Projekt
X-Y Spectrum
VIMÖ

Kitty Anderson
Claudia Balsamo
Sandrao Beinert
Mael le Braz
Alessandro Comeni
Betsy Driver
Dan Christian Ghattas
Kris Gunther
Miriam Van der Have
Tobias Humer
Magdalena Klein

Michelle Konzack
Ins Kromminga
Pol Naidenov
Valerie Peer
Luan Pertl
Tinou Ponzer
Kristian Randelović
Noah Rieser
Del LaGrace Volcano
Sabina Zagari

Das Statement wird befürwortet und unterstützt von:

- **Brújula Intersexual**
- **Brújula Intersexual Chile**
- **Brújula Intersexual Colombia**
- **Dreilinden gGmbH, Hamburg**
- **HOSI Salzburg**
- **ILGA – International lesbian, gay, bisexual, trans and intersex association**
- **ILGA-Europe**
- **Intersex y Andrógino**
- **Intersex Danmark**
- **Finnish TIQ**
- **Malta LGBTIQ Rights Movement**
- **NGO Trasek**
- **TGEU**
- **Transvanilla Transgender Association**
- **Collectif Intersexes et Allié.e.s**
- **Egalite Intersex Ukraine**
- **Zagreb Pride**
- **InterAction Suisse**
- **TransX – Austrian Transgender Association**
- **Arctherapy**
- **Nafas LGBT Azerbaijan Alliance**
- **Intersex Greece**
- **Ise Bosch**
- **Paul Haller**
- **Willi Hejda**
- **Laura Inter**
- **Aurora Kellermann**
- **Andrea Nachtigall**
- **Gabriele Rothuber**
- **Inge Toft Thapprakhon (Spokesperson Intersex Danmark)**
- **j. vreeer verkerke**
- **Stephanie Stine Toft (Chairperson Intersex Danmark)**
- **Caner Yavuz**
- **Damira Vlahović**
- **Irene Kuzemko**
- **Şefik_a Gümüş**
- **Şerife Yurtseven**
- **Kristín María Björnsdóttir**
- **Iren Simeonidou**
- **Paul Byrne-Moroney**
- **Melina Fournune**
- **Deborah Abate**
- **Kris Black**

OII Europe, Vienna Statement, 31.März 2017

*Alle Inter*Organisationen, intergeschlechtliche Menschen und Unterstützer*innen sind eingeladen, das Vienna Statement zu unterzeichnen. Wenn dein Name oder der Name eurer Organisation hinzugefügt werden soll, bitte sende eine email an: community@oiieurope.org*